

FABER: RECHTSSTAAT HEILIGT DER ZWECK NICHT DAS MITTEL

erschienen in der *Freie Presse* am 20. März 2013

[Faber](#), [Sachsen-Anhalt](#), [Verbot](#)

Zur aktuellen Debatte um ein NPE hat die FDP in Sachsen-Anhalt die folgende Position der stellv. Landesvorsitzenden der FDP Sachsen-Anhalt, Ulrike Faber, am 19. März 2013 veröffentlicht:

„Wenn gegen Verbotsverfahren auf der Bundes- und Länderebene rechtliche Bedenken bestehen, dann sollten diese nicht anstrengen. Denn eine zweite Schlappe vor dem Verfassungsgericht sollten sich die Verfassungsorgane nicht erlauben. Deutschland nicht erlauben. In einem Rechtsstaat kann es nicht sein, dass die Mittel.

Es wäre ein Fehler, wie die Aussagen des Ministerpräsidenten Hasse, das Risiko eingegangen wären, vor dem Verfassungsgericht eine Niederlage hinnehmen zu müssen, nur um ein politisches Ziel zu erreichen. Jede von staatlichen Stellen kann jeder Bürger in jeder

Hinsicht zu dem, was wir von dem Verhalten erwarten, auch wenn es der Mehrheit der Bevölkerung nicht entspricht oder dem Zeitgeist widerspricht.

Das gilt gerade auch für diejenigen, die gegen den Verfassungsschutz oder Verfassungsfeinden. Nach allem, was aktuell bekannt ist, sind die Voraussetzungen für ein erfolgversprechendes Instrumentarium gegeben. Das politische Engagement der Zivilgesellschaft, z.B. durch die "Initiative Demokratie" in Magdeburg, Bildung und Aufklärung, dazu ein besser funktionierendes und die effiziente Arbeit von Polizei und Steuerbehörden – das alles ist ein viel wirkungsvoller als ein mit Pomp inszeniertes Verfahren vor dem Verfassungsgericht.